

Nationale EMN-Konferenz

Zuwanderung internationaler Studierender aus Drittstaaten in die EU und Österreich

Internationaler Tag der MigrantInnen, 18. Dezember 2012

Diplomatische Akademie Wien, Festsaal, Favoritenstraße 15a, 1040 Wien

Konferenzbericht



Das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) wird von der Europäischen Kommission koordiniert und besteht aus Nationalen Kontaktpunkten (NKP) in jedem Mitgliedstaat sowie Norwegen. Der Nationale Kontaktpunkt Österreich im EMN wird von der Europäischen Kommission und dem österreichischen Bundesministerium für Inneres finanziert.

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	3
PROTOKOLL	4
Begrüßung und Eröffnung	4
Session 1 – Einleitung und Hintergrund	4
Session 2 – Aktuelle Entwicklungen bezüglich der Zuwanderung Internationaler Studierender aus Drittstaaten in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten	5
Session 3 – Zugang zum Arbeitsmarkt in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten für Studierende und AbsolventInnen aus Drittstaaten	6
Podiumsdiskussion – Österreich als Zielland für internationale Studierende aus Drittstaaten.....	8
ANNEX	9
Annex 1: Biographie der ReferentInnen	9
Annex 2: Tagesordnung	13
INFORMATIONEN ZUM EMN.....	15

EINLEITUNG

Dieser Bericht ist eine Zusammenfassung der Konferenz „Zuwanderung internationaler Studierender aus Drittstaaten in die EU und Österreich“, die vom Nationalen Kontaktpunkt Österreichs im Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) am 18. Dezember 2012 in der Diplomatischen Akademie Wien veranstaltet wurde. Das Publikum der Veranstaltung setzte sich aus VertreterInnen von Ministerien, Studierenden, Nichtregierungsorganisationen sowie ForscherInnen zusammen.



Den Forschungshintergrund für die Konferenz bot die EMN-Hauptstudie des Jahres 2012 zum Thema „*Immigration of International Students to the EU*“. Einführend wurden die ersten Ergebnisse des EU-Syntheseberichts vorgestellt und der Beitrag der Studie im Kontext der aktuellen europäischen politischen Entwicklung besprochen. Neben konkreten Forschungsergebnissen einiger Nationaler Kontaktpunkte aus ausgewählten EU-Mitgliedstaaten wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt für Studierende und AbsolventInnen aus Drittstaaten behandelt. Abschließend haben im Zuge einer Podiumsdiskussion ExpertInnen die Frage diskutiert, was Österreich als Zielland für internationale Studierende charakterisiert und welche Möglichkeiten es gibt, die Attraktivität Österreichs für diese Gruppe zu fördern.

Begrüßung und Eröffnung



Die TeilnehmerInnen der Veranstaltung wurden von **Katerina Kratzmann, Officer in Charge des IOM Länderbüros Wien**, begrüßt. Die Konferenz finde an einem besonderen Tag statt, dem Internationalen Tag der MigrantInnen, so Kratzmann. Im Sinne des Europäischen Migrationsnetzwerkes (EMN) das im Jahre 2003 von der Europäischen Kommission gegründet wurde, trage die Veranstaltung dazu bei, aktuelle, objektive, verlässliche und vergleichbare Informationen und Daten für politische EntscheidungsträgerInnen und die breite Öffentlichkeit bereitzustellen. Die Konferenz basiere auf der EMN-Hauptstudie des Jahres 2012 zum Thema „Zuwanderung internationaler Studierender aus Drittstaaten in die EU“. Diese Studie liefere einen Überblick über die Einwanderungspolitiken in den EU Mitgliedstaaten in Bezug auf internationale Studierende. Ziel der Studie sei es, politische EntscheidungsträgerInnen darin zu unterstützen, eine Balance zwischen der Anziehung internationaler Studierender und der Verhinderung des Missbrauchs des Studiums als Migrationspfad zu finden.

Michael Girardi, Leiter der Abteilung III/8 für Integration im Bundesministerium für Inneres, eröffnete die Konferenz in dem er den Fokus auf das Thema Integration lenkte. Integration sei ein besonders wichtiges und aktuelles Thema innerhalb der österreichischen Gesellschaft, dementsprechend sei der Nationale Aktionsplan (NAP) für Integration in einem umfassenden Arbeitsprozess entwickelt worden. Der NAP berücksichtige auch das Thema der ausländischen Studierenden in Österreich, welches ein großes Diskussionsfeld darstelle. Hierbei sei vor allem der verbesserte Zugang zum Arbeitsmarkt für ausländische AkademikerInnen nach Abschluss ihres Studiums erstrebenswert um Österreichs bestehendes Potential an hochqualifizierten Arbeitskräften besser auszuschöpfen.



Mária Temesvári, Leiterin der Forschungsabteilung im IOM Länderbüro Wien, moderierte die folgenden Präsentationen und Diskussionen mit dem Publikum.

Session 1 – Einleitung und Hintergrund

In Session 1 ging **Petra van Nierop (ICF GHK Consulting, EMN Service Provider, Belgien)** kurz auf den Hintergrund der Studie „Zuwanderung internationaler Studierender aus Drittstaaten in die EU“ ein, insbesondere auf die Richtlinie 2004/114/EG des Europäischen Rates über die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zum Studium, und präsentierte die vorläufigen Ergebnissen des EMN-Syntheseberichts. Ein Vergleich zeige, dass nationale Politiken und Strategien überwiegend darauf abzielten, die Einreise zum Zwecke des Studiums und den Zugang zum Studium zu erleichtern, sowie



das jeweilige Land als Studienstandort zu bewerben. In allen Mitgliedstaaten dürften internationale Studierende während ihres Studiums arbeiten, sie seien aber unterschiedlichen Auflagen unterworfen. Nach Ende des Studiums sei es internationalen Studierenden nur in einigen wenigen Mitgliedstaaten erlaubt zu bleiben, um eine Arbeit zu suchen. Insgesamt habe Großbritannien 2011 die meisten Aufenthaltsbewilligungen zum Zwecke des Studiums erteilt (in absoluten Zahlen), gefolgt – mit großem Abstand - von Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland. Was den Missbrauch des Studiums als Migrationspfad betrifft, so sei dieser nicht immer relevant. Wenn, dann trete er vor allem in folgenden Formen auf: Aufenthalt der die Dauer des Visums überschreitet, Arbeit welche die vorgesehenen Regelungen missachtet, Vorlage falscher Qualifikationsnachweise im Bewerbungsprozess und kein oder nur eingeschränkter Studienerfolg.

Die PowerPoint-Präsentation finden Sie [hier](#).

Diskussion

Die Fragen die im Anschluss an die Präsentation vom Publikum aufgeworfen wurden, betrafen vor allem die Gründe für die hohe Attraktivität Großbritanniens als Studienstandort für internationale Studierende. Diese sei laut Jon Simmons (Home Office Science, Großbritannien) vor allem der englischen Sprache zu verdanken sowie dem prinzipiell guten Ruf der britischen Universitäten.



Session 2 – Aktuelle Entwicklungen bezüglich der Zuwanderung Internationaler Studierender aus Drittstaaten in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Elisabeth Musil (IOM Länderbüro Wien, Österreich) betonte, dass Österreich im OECD-Vergleich an vierter Stelle hinter Luxemburg, Australien und Großbritannien stehe, was die Anzahl der internationalen Studierenden betrifft. 15 Prozent der ordentlichen Studierenden an österreichischen Hochschulen stammten 2010/11 aus der EU und 6 Prozent aus nicht-EU Ländern. Letztere stammten vor allem aus Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sowie der Türkei. Insgesamt würden internationale Studierende aus Drittstaaten als Gewinn und Bereicherung angesehen. Herausforderungen für internationale Studierende bestünden aber vor allem in der Dauer des Verfahrens und in der Aufbringung der erforderlichen Unterhaltsmittel. Migrationspolitisch sei vor allem die 2011 eingeführte „Rot-Weiß-Rot Karte“ relevant, da sie einen Arbeitsmarktzugang für Studierende und StudienabsolventInnen aus Drittstaaten schaffe.

Die PowerPoint-Präsentation finden Sie [hier](#).

Berit Kiuru (Einwanderungsservice, Finnland) präsentierte die Studienergebnisse aus Finnland. Dort habe es zwischen 2006 und 2011



einen Anstieg internationaler Studierender gegeben. Was Finnland attraktiv mache, seien die englischsprachigen Studienprogramme und das kostenlose Studium. Während Studierende aus Drittstaaten freien Zugang zum Arbeitsmarkt während ihres Studiums hätten, sei dieser für StudienabsolventInnen dagegen auf einen sechsmonatigen Zeitraum zum Zwecke der Jobsuche beschränkt. Um die zukünftige Arbeitsmarktnachfrage zu decken, habe Finnland aber ein Interesse an einer verstärkten Arbeitsmarktintegration. Was den Missbrauch des Studiums als Migrationspfad betrifft, so gebe es Fälle, in denen Studierende arbeiten anstatt zu studieren, was auch mit einem Mangel an finanziellen Mitteln zusammenhänge. Auch komme es zur Vorlage falscher Dokumente im Bewerbungsprozess.

Die PowerPoint-Präsentation finden Sie [hier](#).

Ophélie Tardieu (Innenministerium, Frankreich) berichtete, dass die französische Strategie darauf ausgerichtet sei, die Rückkehr von internationalen StudienabsolventInnen zu fördern, eine geographische Ausgewogenheit der Herkunftsländer herzustellen sowie den Zugang zu ausgewählten Master- und Doktoratsstudien zu fördern. In Frankreich kämen 12 Prozent der Studierenden und 41 Prozent der DoktorandInnen aus Drittstaaten. Diese kämen vor allem aus Marokko, China und Algerien. Politische Maßnahmen umfassten unter anderem die Einrichtung eines zentralen Online-Bewerbungsverfahrens, Visa die einer Aufenthaltsbewilligung glichen, die Möglichkeit, während 6 Monaten nach Abschluss eines Master-Studiums (oder höher) einen Job in Frankreich zu suchen sowie Austausch- und Stipendienprogramme. Im Bereich des Missbrauchs des Studiums als Migrationspfad seien nur vereinzelt Fälle bekannt geworden und zwar in Form von falschen Qualifikationszertifikaten.

Die PowerPoint-Präsentation finden Sie [hier](#).

Diskussion

Im Anschluss an die Kurzpräsentationen wurden vom Publikum vor allem Fragen bezüglich politischer Maßnahmen zur Rückkehr ins Herkunftsland oder dem Verbleib im Studienland nach Studienabschluss aufgeworfen und im diesem Zusammenhang bestehende Politiken und Programme zur Verhinderung von *Brain Drain* diskutiert.



Session 3 – Zugang zum Arbeitsmarkt in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten für Studierende und AbsolventInnen aus Drittstaaten

Jon Simmons (Innenministerium, Großbritannien) betonte, dass die Anzahl der Studierenden aus Drittstaaten in den letzten Jahren angestiegen sei. Die Zuwanderung von internationalen Studierenden nach Großbritannien habe 2011 mit ca. 225.000 Studierenden ungefähr 40 Prozent der gesamten Zuwanderung ausgemacht. Das Ziel der britischen Politik sei es, die weltweit besten Studierenden anzuwerben und gleichzeitig den Missbrauch von Studierendenvisa zu verhindern. Schwierigkeiten wie etwa Studierende die arbeiteten anstatt zu studieren seien insbesondere bei Studierenden von privaten Hochschulen aufgetreten. Dementsprechend seien strengere Regelungen in den Bereichen Trägerschaft, Zulassung



zum Studium und Arbeitsmarktzugang erlassen worden. Gleichzeitig sei ein Programm umgesetzt worden um hochqualifizierte internationale Studierende anzuziehen.

Die PowerPoint-Präsentation finden Sie [hier](#).

Bernd Parusel (Migrationsamt, Schweden) wies auf den starken Rückgang der erteilten Aufenthaltserlaubnisse zu Studienzwecken hin. Die Anzahl fiel von 14.188 in 2010 auf 6.836 in 2011. Wahrscheinlich sei die Hauptursache des Rückgangs die Einführung von Studiengebühren für neu einreisende Studierende aus Drittstaaten. Internationale Studierende genossen während ihres Studiums einen vollständigen Arbeitsmarktzugang. Für AbsolventInnen sei ein Übergang zur „Aufenthaltserlaubnis für Erwerbszwecke“ dann möglich, wenn eine Stelle oder ein Jobangebot bereits vor Ablauf der „Aufenthaltserlaubnis für Studienzwecke“ bestehe. Zu den größten Barrieren beim Eintritt in die Erwerbstätigkeit zählten mangelnde Kenntnisse der schwedischen Sprache, da das Studium häufig auf Englisch absolviert werde. Ein Blick auf die wichtigsten Berufszweige internationaler AbsolventInnen in 2011 zeige, dass diese zwar überwiegend, aber nicht ausschließlich, in hochqualifizierten Berufen arbeiteten (259 IT-Spezialisten, 206 Ingenieure und ArchitektInnen und 141 ZeitungsausträgerInnen und HausmeisterInnen).



Die PowerPoint-Präsentation finden Sie [hier](#).

Matthias Mayer (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Deutschland) erklärte, der Arbeitsmarktzugang während des Studiums sei für Drittstaatsangehörige in Deutschland möglich aber reguliert. Der Zugang spiele eine wichtige Rolle sowohl für die Studierenden als Haupteinnahmequelle als auch für die deutsche Wirtschaft zur Fachkräftesicherung, da bestehende Berufserfahrung den Eintritt in den Arbeitsmarkt nach Studienabschluss erleichtere. Für internationale AbsolventInnen gebe es eine einmalige Aufenthaltserlaubnis für bis zu 18 Monate zur Suche eines dem Studium angemessenen Arbeitsplatzes. Die größten Personengruppen, die über diese Aufenthaltserlaubnis im Jahr 2011 verfügten, kamen aus China und der Türkei. Der am häufigsten erteilte Aufenthaltstitel zu Erwerbszwecken im Anschluss an ein Studiums sei der einer qualifizierten Beschäftigung.



Die PowerPoint-Präsentation finden Sie [hier](#).

Podiumsdiskussion – Österreich als Zielland für internationale Studierende aus Drittstaaten



Als letzten Tagesordnungspunkt fand eine von Stefan Beig (Wiener Zeitung) moderierte Podiumsdiskussion statt, an der folgende nationale ExpertInnen teilnahmen:

- Angelika Gruber, Österreichische HochschülerInnenschaft
- Dietmar Hudsky, Bundesministerium für Inneres
- Margit Kreuzhuber, Wirtschaftskammer Österreich
- Johannes Peyrl, Arbeiterkammer Wien
- Elmar Pichl, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Es entstand eine rege Diskussion rund um die Themen Attraktivität Österreichs als Zielland für internationale Studierende aus Drittstaaten, Barrieren für die Zulassung und Einreise von Studierenden (von der Bewerbung über die Qualifizierung bis hin zur Beantragung eines Visums und den damit verbundenen Auflagen wie z.B. dem Unterhaltsnachweis), Arbeitsmarktzugang für internationale Studierende und AbsolventInnen durch die „Rot-Weiß-Rot Karte“ und um die Frage ob diese auch an BachelorabsolventInnen vergeben werden solle.

Insgesamt sei das Studium der zweit-bedeutendste Migrationskanal nach Österreich. Das Innenministerium habe erkannt, dass ausländische Studierende einen wichtigen volkswirtschaftlichen Faktor darstellten und auch für Österreichs Universitäten und Hochschulen sei Internationalisierung wichtig. Österreich, und vor allem Wien als Standort vieler Großunternehmen, sei attraktiv und biete internationalen Studierenden und AbsolventInnen günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Lebenserhaltungskosten seien jedoch hoch und Studieren in Österreich eher kostspielig, auch im Hinblick auf die anfallenden Studiengebühren welche für internationale Studierende doppelt so hoch seien wie für österreichische Studierende bzw. Studierende aus anderen EU-Mitgliedstaaten.

Annex 1: Biographie der ReferentInnen

(In alphabetischer Reihenfolge)

Stefan BEIG

Stefan Beig studierte Philosophie an der Universität Wien sowie Komposition am Konservatorium der Stadt Wien. Seit 2005 ist er als Journalist bei der „Wiener Zeitung“ tätig, zwischenzeitlich hat er auch für andere Medien gearbeitet, etwa für die niederösterreichische Kulturmonatszeitschrift „morgen“. Seit März 2010 koordiniert Stefan Beig die täglich erscheinende Integrationsseite der „Wiener Zeitung“, die alle Facetten interkulturellen Zusammenlebens thematisiert. Mehr als zehn Mitarbeiter mit – teilweise auch ohne – Migrationshintergrund arbeiten an dieser Seite permanent mit. Im November 2012 wurde die Integrationsseite im Rahmen der Verleihung des Leopold-Ungar-JournalistInnenpreises mit dem Anerkennungspreis ausgezeichnet.

Michael GIRARDI

Michael Girardi wurde 1964 in Innsbruck geboren. 1984 zog er zum Studium der Politikwissenschaft nach Wien. Er leitete die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im österreichischen Bundesministerium für Inneres von Ende 2000 bis Ende 2010. Mit Beginn 2011 übernahm Michael Girardi die Leitung der in der Sektion Recht/Gruppe für Asyl, Migration und Integration neu etablierten Abteilung III/8 für Integration.

Angelika GRUBER

Angelika Gruber ist stellvertretende Vorsitzende im Büro der ÖH-Bundesvertretung. Nach einem Auslandsaufenthalt in den USA begann Angelika Gruber 2007 das Bachelorstudium Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seit 2011 studiert sie das Masterstudium Volkswirtschaftslehre an der WU Wien. Neben ihrem Engagement für den VSStÖ leistete sie 2009 auch für die Studien- und MaturantInnenberatung der ÖH Bundesvertretung Beratungsarbeit an verschiedenen Schulen, um SchülerInnen bei der Entscheidung über ihren weiteren Bildungsweg zu unterstützen. Seit 2011 setzt sie sich im Vorsitzteam der ÖH-Bundesvertretung für einen offenen Hochschulzugang und eine bessere soziale Absicherung von Studierenden ein.

Dietmar HUDSKY

Dietmar Hudsky ist als Jurist bereits seit Jahren im österreichischen Bundesministerium für Inneres im Bereich Asyl und Fremdenwesen tätig. Von 2008 bis 2010 war er Leiter des Referats Fremdenlegistik in der Rechtssektion des Innenministeriums und somit maßgeblich an den Novellen des Fremdenrechts zum humanitären Aufenthaltsrecht und der Fremdenrechtsnovelle 2009 beteiligt. Seit Dezember 2010 ist er Leiter der Abteilung III/4 für Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten. Im Fremdenrechtsbereich tritt er überdies seit Jahren als Autor sowie bei Vorträgen und Ausbildungsveranstaltungen in Erscheinung.

Berit KIURU

Berit Kiuru ist Senior Beraterin für das Europäische Migrationsnetzwerk beim Finnischen Einwanderungsservice. Berit Kiuru hat den finnischen Nationalbericht für die EMN-Studie über die Zuwanderung internationaler Studierender verfasst. Ihre weitreichenden beruflichen Erfahrungen im Bereich von Migrationsmanagement sowie die Vielzahl an Interviews, die sie mit ExpertInnen geführt hat, ermöglichten ihr einen tiefen Einblick in die Thematik.

Katerina KRATZMANN

Katerina Kratzmann ist seit Oktober 2011 Büroleiterin des IOM Länderbüros in Wien. Sie ist für das Management sämtlicher Aktivitäten des Büros verantwortlich. Davor war sie Leiterin der Forschungsabteilung der IOM Wien, welche als Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) fungiert. Frau Kratzmann graduierte an der Humboldt Universität Berlin in den Fachbereichen Europäische Ethnologie und Kulturwissenschaft und schrieb ihre Doktorarbeit im Fachgebiet Europäische Ethnologie an der Universität Wien zum Thema irreguläre Migranten in Österreich.

Margit KREUZHUBER

Margit Kreuzhuber studierte Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften, Schwerpunkt Internationale Betriebswirtschaft, an der Johannes-Kepler-Universität Linz und der Universidad Pablo de Olavide, Sevilla. Sie ist seit 2005 in der Wirtschaftskammer Österreich beschäftigt, anfangs im Rahmen eines Traineeprogramms, ab 2006 als Referentin für die Aufgabenbereiche Arbeitsmarktpolitik und Ausländerbeschäftigung. Seit 2008 ist Margit Kreuzhuber Beauftragte für Migration und Integration in der Wirtschaftskammer Österreich. Sie betreut dort unter anderem die Themenfelder Rot-Weiß-Rot – Karte und Fachkräftemangel international und ist Koordinatorin des Programms „Mentoring für MigrantInnen“. Sie ist u.a. Mitglied im Ausländerausschuss des Verwaltungsrates des AMS, im Integrationsbeirat und im Beratenden Ausschuss für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer.

Matthias MAYER

Matthias M. Mayer studierte in Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien sowie Italien und promovierte in European Studies an der London School of Economics and Political Science (LSE) zur Arbeitsmigrationspolitik der Europäischen Union. Bislang war er unter anderem als Vortragender sowie als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei LSE Enterprise tätig. Darüber hinaus leitete er das Büro der Hochrangigen Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Seit Januar 2012 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Deutsche Nationale Kontaktstelle im Europäischen Migrationsnetzwerk beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge tätig.

Elisabeth MUSIL

Elisabeth Musil ist seit 2008 bei IOM Wien als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Nationalen Kontaktpunkts Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk tätig. Vor ihrer Tätigkeit bei IOM war Frau Musil als Projektassistentin im Rahmen des Palestinian-European Academic Cooperation in Education (PEACE) Programmes der UNESCO und als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der

Universität Paris 11-Sud beschäftigt. Sie hat an der Universität Wien und Paris IV- Sorbonne Geographie und Französisch studiert sowie ein Masterstudium in European Studies an der Universität Louvain und dem L'Institut d'études politiques de Paris absolviert.

Bernd PARUSEL

Bernd Parusel ist Migrationsexperte beim Nationalen Kontaktpunkt Schweden im Europäischen Migrationsnetzwerk, dem schwedischen Migrationsamt (Migrationsverket) in Norrköping. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören internationale Migration, nationale und europäische Migrations- und Asylpolitik sowie Europäisierungsfragen. Vor seiner jetzigen Tätigkeit in Schweden war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg. Bernd Parusel hat Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und der Universität Federico II in Neapel studiert. Er promovierte am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück mit einer Arbeit über die Herausbildung einer gemeinsamen EU-Politik zur Steuerung der Arbeitsmigration.

Johannes PEYRL

Johannes Peyrl ist in der Arbeiterkammer Wien beschäftigt, seine Arbeitsschwerpunkte sind österreichisches und europäisches Migrationsrecht. Er ist Mitautor des Ratgebers Fremdenrecht (4. Auflage Juni 2012) und hat weiters diverse Publikationen zum Fremden-, Ausländerbeschäftigungs- und Arbeitsmarktrecht verfasst. Johannes Peyrl ist Mitglied in diversen Gremien bzw. Ausschüssen zu migrationsrechtlichen Themen auf nationaler und EU-Ebene (u.a. Beratender Ausschuss für die Freizügigkeit von ArbeitnehmerInnen der EU-Kommission, Ausländerausschuss des Verwaltungsrates des AMS, Integrationsbeirat) und leitet Seminare zu migrationsrechtlichen Fragestellungen. Er ist auch Lehrbeauftragter der FH Vorarlberg.

Elmar PICHL

Elmar Pichl ist gebürtiger Steirer, verheiratet, und hat einen 2-jährigen Sohn. Sein beruflicher Werdegang führte den Juristen von der Universität Graz zum World University Service Austria, später Zentrale der Österreichischen Volkspartei und schließlich in das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Dort war er Kabinettschef für die Minister Hahn, Karl und interimistisch auch für Töchterle. In seiner derzeitigen Funktion als stv. Sektionsleiter der Hochschulsektion ist Elmar Pichl vor allem verantwortlich für die Leistungsverträge mit den Universitäten sowie für die Rechtsangelegenheiten im Hochschulbereich. Er ist auch Integrationsbeauftragter des Ministeriums sowie Aufsichtsratsvorsitzender der OeAD-GmbH (Österreichischer Austauschdienst).

Jon SIMMONS

Jon Simmons ist stellvertretender Direktor für Migrations- und Grenzanalysen im britischen Home Office. In dieser Funktion etablierte er eine Reihe an Wissensnetzwerken und ein unabhängiges, innovatives und politikrelevantes Forschungs- und Analyseprogramm über Zuwanderung. In die drei Jahre seiner Zuständigkeit für Migrationsanalysen fallen eine Neugestaltung des Webauftritts hinsichtlich der Veröffentlichung von Migrationsstatistiken, eine Verbesserung der Qualität und Darbietung migrationsrelevanter Daten sowie die Publikation von Forschungsberichten, unter anderem über das Zuwanderungsverhalten von MigrantInnen nach Großbritannien, über Familienmigration und internationale Studierende, sowie eine Befragung neu zugewanderter Flüchtlinge. Zudem ist Simmons Direktor des britischen Nationalen Kontaktpunkts im Europäischen

Migrationsnetzwerk sowie britischer Vertreter des Lenkungsausschusses. Vor seinem Wiedereintritt in das Home Office 2009 war er in der Abordnung des Nationalen Statistikbüros beschäftigt und davor Direktor der Abteilung Crime and Policing Research and Statistics des Home Office.

Ophélie TARDIEU

Ophélie Tardieu ist seit 2009 beim französischen Nationalen Kontaktpunkt im Europäischen Migrationsnetzwerk beschäftigt und fungiert dort seit dem Frühjahr 2012 als dessen Koordinatorin. Nach ihrem Abschluss des Studiums der Angewandten Fremdsprachen an der Universität Sorbonne Nouvelle sowie einem Master im Studium der Internationalen Organisationen am Institut für politische Studien in Grenoble arbeitete sie im Migrations- und Asylbereich, unter anderem bei einer NGO in Philadelphia, welche sich für die Integration hispanischer MigrantInnen einsetzt, bei IOM in Genf sowie UNHCR in Buenos Aires.

Petra VAN NIEROP

Petra van Nierop ist geschäftsführende Direktorin bei ICF GHK und ist Leiterin des Teams für „Justiz und Inneres“. Sie verfügt über umfangreiche Erfahrung im Migrations- und Asylbereich sowie im Bereich Terrorismus und Sicherheitsrisiken. Seit 15 Jahren ist sie für eine Vielzahl von umfangreichen und gesamteuropäischen Studien, Evaluierungen und Netzwerkprojekten für die Europäische Kommission zuständig. Frau van Nierop wirkt regelmäßig im Auftrag der Europäischen Kommission als Teil des Konsortiums bestehend aus dem Dienstleister ICF GHK-COWI am Europäischen Migrationsnetzwerk mit. Momentan leitet sie eine EU-weite Untersuchung über die Anwendung der Richtlinie 2004/81/EG, welche die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige regelt, die Opfer des Menschenhandels sind oder die irreguläre MigrantInnen waren, und die mit den zuständigen Behörden kooperieren. Zudem war sie kürzlich an der Konformitätsbewertung der Studierendenrichtlinie (2004/114/EG) beteiligt. Frau van Nierop arbeitet des Weiteren an einem weiteren europäischen Netzwerk namens SaviAV mit, das vom europäischen Sozialfonds und dem deutschen Sozialministerium finanziert wird und die Förderung sozialer und beruflicher Integration von AsylwerberInnen und Opfern von Menschenhandel zum Ziel hat.

Annex 2: Tagesordnung

Nationale EMN-Konferenz „Zuwanderung internationaler Studierender aus Drittstaaten in die EU und Österreich“

Internationaler Tag der MigrantInnen, 18. Dezember 2012

Diplomatische Akademie Wien, Festsaal, Favoritenstraße 15a, 1040 Wien

Tagesordnung

09:30 – 10:00 *Registrierung*

10:00 – 10:15 **BEGRÜSSUNG UND ERÖFFNUNG**

- Katerina Kratzmann, IOM Länderbüro Wien
- Michael Girardi, Bundesministerium für Inneres, Österreich

Moderation: Mária Temesvári, IOM Länderbüro Wien

10:15 – 11:00 **SESSION 1 – EINLEITUNG UND HINTERGRUND**

**EU Politikentwicklung und vorläufige Ergebnisse des EMN-Syntheseberichts
„Zuwanderung internationaler Studierender aus Drittstaaten in die EU-
Mitgliedstaaten“**

- Petra van Nierop, ICF GHK Consulting, Belgien

Fragen und Diskussion

11:00 – 12:00 **SESSION 2 – AKTUELLE ENTWICKLUNGEN BEZÜGLICH DER ZUWANDERUNG
INTERNATIONALER STUDIERENDER AUS DRITTSTAATEN IN AUSGEWÄHLTEN EU-
MITGLIEDSTAATEN**

- Elisabeth Musil, IOM Länderbüro Wien
- Berit Kiuru, Maahanmuuttovirasto (*Finnisches Einwanderungsservice*),
Finnland

- Ophélie Tardieu, Ministère de l'Intérieur (*Innenministerium*), Frankreich

Fragen und Diskussion

12:00 – 13:30 *Mittagessen*

13:30 – 14:30 **SESSION 3 – ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT IN AUSGEWÄHLTEN EU-MITGLIEDSTAATEN FÜR STUDIERENDE UND ABSOLVENTINNEN AUS DRITTSTAATEN**

- Jon Simmons, Home Office Science (*Wissenschaft im Innenministerium*), Großbritannien
- Bernd Parusel, Migrationsverket (*Schwedisches Migrationsamt*), Schweden
- Matthias Mayer, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Deutschland

Fragen und Diskussion

14:30 – 15:00 *Kaffeepause*

15:00 – 16:30 **PODIUMSDISKUSSION – ÖSTERREICH ALS ZIELLAND FÜR INTERNATIONALE STUDIERENDE AUS DRITTSTAATEN**

Moderation: Stefan Beig, Wiener Zeitung

Podium:

- Angelika Gruber, Österreichische HochschülerInnenschaft
- Dietmar Hudsky, Bundesministerium für Inneres
- Margit Kreuzhuber, Wirtschaftskammer Österreich
- Johannes Peyrl, Arbeiterkammer Wien
- Elmar Pichl, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

17:00 **ENDE DER KONFERENZ**

INFORMATIONEN ZUM EMN

Das [Europäische Migrationsnetzwerk](#) (EMN) wurde im Jahr 2003 von der [Europäischen Kommission](#) im Auftrag des Europäischen Rates eingerichtet, um dem Bedarf eines regelmäßigen Austausches von verlässlichen Informationen im Migrations- und Asylbereich auf europäischer Ebene nachzukommen.

Die Ratsentscheidung [2008/381/EG](#) bildet seit 2008 die Rechtsgrundlage des EMN.

Das Netzwerk besteht aus der Europäischen Kommission, einem Steuerungsgremium, zwei Dienstleistern und [Nationalen Kontaktpunkten](#) in den EU Mitgliedstaaten sowie in Norwegen.

Ziel des EMN ist es, europäische Gemeinschaftsorgane, nationale Institutionen und Behörden sowie die allgemeine Öffentlichkeit mit aktuellen, objektiven, verlässlichen und vergleichbaren Daten und Informationen über Migration und Asyl zu versorgen. Dadurch soll der aktuelle Diskurs zu Migration und Asyl versachlicht werden, um politische Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union zu unterstützen.

Weiterführende Informationen zum EMN sowie seinen Arbeitsergebnissen sind erhältlich unter <http://www.emn.europa.eu>.

Kontakt:

Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk

IOM Wien, Nibelungengasse 13/4, 1010 Wien

Tel: +43 1 585 33 22 | Fax: +43 1 585 33 22-30

emnaustria@iom.int | www.emn.at